



Liebe Leserinnen und Leser,

ich begrüße Sie im neuen Jahr und wünsche Ihnen und Ihren Familien alles Gute für 2008.

Die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen geht weiter deutlich zurück und befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit 15 Jahren. Ende 2007 gab es in Niedersachsen knapp 50.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mehr als im Vorjahr. Niedersachsen belegt beim Rückgang der Arbeitslosenquote in den westdeutschen Flächenländern den 2. Platz. Das alles sind Kennzeichen erfolgreicher Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

Im Vergleich zum letzten Jahr ist die Jugendarbeitslosigkeit in Niedersachsen um rund 17 Prozent zurückgegangen. Mittlerweile liegt die Quote arbeitsloser Jugendlicher deutlich unter der vergleichbaren allgemeinen Quote. Das bedeutet: Unsere Maßnahmen für junge Menschen ohne Arbeitsplatz kommen da an, wo sie gebraucht werden. Diesen Weg wollen wir auch in den nächsten fünf Jahren fortsetzen. Dabei wollen wir beispielsweise unseren erfolgreichen Ausbildungspakt mit Unternehmen und Kammern weiterführen. Unser Haushaltskonsolidierungskurs zahlt sich aus. Wir haben die geringste Neuverschuldung seit 35 Jahren. Das Geld, das wir sonst für Zins und Zinseszins hätten aufbringen müssen, können wir nun dort investieren, wo es für unser Land am sinnvollsten ist: für Kinder, für Familien, für Arbeit, Bildung, Wissenschaft, Forschung und mehr soziale Gerechtigkeit. CDU und FDP haben damit in Niedersachsen günstige Voraussetzungen dafür geschaffen, dass es ein gutes Jahr wird.

Eine interessante und unterhaltsame Lektüre wünscht Ihnen.

Bernd Althusmann

Parlamentarischer Geschäftsführer

Erfolgreiche Haushaltskonsolidierung: Nur noch 17 Euro neue Landesschulden pro Sekunde

David McAllister: „Wer weniger Schulden macht, hat mehr übrig für die Menschen“

Mit dem Jahresbeginn 2008 wachsen die Schulden des Landes Niedersachsen nur noch um 17 Euro pro Sekunde und damit langsamer als in den Vorjahren. Dies haben CDU-Fraktionsvorsitzender David McAllister und der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion Bernd Althusmann in Hannover bekannt gegeben.

Die Nettoneuverschuldung werde 2008 im Vergleich zum Haushalt 2007 von 950 Millionen Euro auf 550 Millionen Euro zurückgeführt. Dies sei richtig, denn Schulden, die vermieden werden können, müssten in der Folge nicht mit Zinsen bedient und getilgt werden. „Das ist echte nachhaltige Finanzpolitik. Denn wer weniger Schulden macht, hat mehr übrig für die Menschen“, betonte David McAllister.

Unter der SPD-Vorgängerregierung hatte die Nettokreditaufnahme im Jahr 2002 noch bei unverantwortlichen 2,95 Milliarden Euro gelegen. Damals beweg-

te sich die niedersächsische Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler noch mit 93 Euro pro Sekunde vorwärts. Nach der Regierungsübernahme von CDU und FDP verlangsamte sich der Zuwachs kontinuierlich auf 90 Euro (2003), 79 Euro (2004), 68 Euro (2005), 57 Euro (2006) und 30 Euro im Jahr 2007.

„17 Euro neue Schulden pro Sekunde sind immer noch zu viel. CDU und FDP wollen deshalb, dass Niedersachsen in 2010 erstmals in seiner Geschichte keine neuen Schulden mehr aufnehmen muss.“

Ab 2010 werden wir beginnen, die Schulden des Landes effektiv zurückzuzahlen. Schuldenabbau ist generationengerecht, weil wir damit die Finanzierung der Ausgaben von heute durch künftige Generationen endlich stoppen. Dieses ehrgeizige Ziel können wir nur erreichen, wenn wir die Konsolidierung des Landeshaushalts konsequent fortsetzen“, so David McAllister.



Niedersachsen macht weniger Schulden: Zum Jahreswechsel haben der CDU-Fraktionsvorsitzende David McAllister und der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion Bernd Althusmann mit einem Transparent auf die erfolgreiche Haushalts- und Finanzpolitik der CDU/FDP-Koalition hingewiesen. Die Schuldenuhr vom Bund der Steuerzahler Niedersachsen hängt im CDU-Fraktionsaal im Niedersächsischen Landtag.

Untersuchungsausschuss beendet seine Arbeit

**Hermann Dinkla: „JadeWeserPort stößt für
Niedersachsen ein neues Tor zur Welt auf“**



Der Niedersächsische Landtag hat im Januar-Plenum den Abschlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum „Vergabeverfahren JadeWeserPort“ beraten. In der Debatte wies der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Hermann Dinkla darauf hin, dass der Untersuchungsausschuss in seiner dreimonatigen Arbeit keine belastbaren Beweise gefunden hat, die die von der Opposition erhobenen Vorwürfe gegen das Vergabeverfahren rechtfertigen würden. Außerdem habe der Ausschuss festgestellt, dass das Vergabeverfahren den Baubeginn des Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven nicht verzögert hat. „Das Vergabeverfahren ist nach den vorliegenden Erkenntnissen beanstandungsfrei abgewickelt worden. Der Baubeginn hängt von der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg ab. Ein Beginn des Baus zum jetzigen Zeitpunkt ist mit großen rechtlichen und finanziellen Risiken behaftet“, erläuterte Hermann Dinkla.

Als „schwarzen Tag für den JadeWeserPort“ bezeichnete der CDU-Wirtschaftsexperte den 23. Dezember 2002. „An diesem Tag fuhr der frühere Ministerpräsident Sigmar Gabriel (SPD) nach Bremen und machte mitten im Wahlkampf seinem Amtskollegen, dem damaligen Ersten Bürgermeister Henning Scherf (SPD), alle denkbaren Zugeständnisse wie etwa doppelte Geschäftsführung, Vetorechte und Verzicht auf den festen Erbbauzins in Höhe von 4,5 Mio. Euro jährlich, um seine Chancen für die anstehende Landtagswahl zu verbessern. Das war die teuerste und folgenschwerste Dienstreise, die je ein niedersächsischer Ministerpräsident in ein anderes Bundesland gemacht hat“, stellte Hermann Dinkla fest.

Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende betonte, dass das Ziel weiterhin ist, Ende 2010 die ersten Containerschiffe an ein oder zwei Liegeplätzen in Wilhelmshaven fertigen zu können. „Der JadeWeserPort ist eine große Chance. CDU und FDP wollen für Niedersachsen in Wilhelmshaven ein neues Tor zur Welt aufstoßen. Dadurch schaffen wir Arbeitsplätze und machen Niedersachsen zum Gewinner der Globalisierung“, sagte der CDU-Wirtschaftsexperte.

Das jetzige Projekt bezeichnete Hermann Dinkla nicht als Endpunkt, sondern als Beginn. „An dem Tag, an dem die erste Spundwand steht, kommt politisch eine neue Aufgabe auf uns zu: Wir müssen uns dann um den nächsten Bauabschnitt, um die Erweiterung des Tiefwasserhafens kümmern. In den nächsten Jahrzehnten werden die maritimen Verkehre wachsen und wachsen – und wir wollen, dass unsere niedersächsischen Häfen und besonders Wilhelmshaven daran teilhaben“, so Hermann Dinkla abschließend.

Niedersächsischer Städtebau profitiert von bis zu 290 Mio. Euro

Mechthild Ross-Luttmann: „Neue und ausgeweitete Förderprogramme stärken Kommunen und Baukonjunktur im Land“



„Mit einer Gesamtfördersumme von rund 290 Mio. Euro ist der Städtebau in Niedersachsen in den kommenden Jahren ein wesentlicher Motor der Baukonjunktur. Auch unsere Kommunen stärken wir damit erheblich.“ Mit diesen Worten hat Sozial- und Bauministerin Mechthild Ross-Luttmann das Landesprogramm für die Städtebauförderung 2008 vorgestellt. Allein in diesem Programm stünden einschließlich der Landes- und Bundesfinanzhilfen von 49,5 Mio. Euro (jeweils hälftig) und des Investitionsanteils der Gemeinden rund 76 Mio. Euro (2007: 55 Mio. Euro) bereit. „Besonders erfreulich ist, dass wir durch neue Programmelemente 26 zusätzliche Vorhaben in unser Landesprogramm aufnehmen konnten. Dadurch bringen wir künftig schwerpunktmäßig die Ortszentren und die Stadtentwicklung noch weiter voran“, sagte Mechthild Ross-Luttmann.

Die Landesregierung führe die wichtige Querschnittsaufgabe der Städtebauförderung nicht nur fort und gebe den Kommunen Planungssicherheit, sie baue sie sogar erheblich aus. Niedersachsen investiere in lebendige Innenstädte, indem es zum Beispiel brachliegende Industrie- oder Militärstandorte mit dem neuen Programmteil „Stadtumbau West“ umnutze oder zentrale Versorgungsbereiche mit der neuen Programmkomponente „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ weiterentwickle und dadurch deren Attraktivität steigere. Für die verstärkte Erneuerung und Entwicklung städtischer Gebiete durch die EU hat sich Niedersachsen als eines der ersten Bundesländer frühzeitig Fördergeld aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gesichert. Davon sollen Projekte in 63 Städten und Gemeinden mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 157 Millionen Euro bis zum Jahr 2013 profitieren. Für das so genannte Konvergenz-Gebiet (strukturschwache Region Lüneburg) sind 55 Mio. Euro vorgesehen und 42 Millionen Euro kommen dem so



genannten RWB-Gebiet (Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung – Regionen Braunschweig, Hannover und Oldenburg – zugute.

Die CDU-Landtagsfraktion hat die Förderprogramme für Städtebau, Stadterneuerung und -entwicklung begrüßt. „Das ist eine gute Nachricht für Niedersachsen. Einerseits geben die für 2008 genehmigten Fördermaßnahmen den Kommunen wichtige Impulse auf ihrem Weg, die Innenstädte und bestimmte Quartiere in Niedersachsen lebendiger und lebenswerter zu gestalten. Andererseits kurbeln die vorgesehenen Fördermittel in Höhe von bis zu 290 Mio. Euro die Baukonjunktur an. Damit unterstützt die Landesregierung nachhaltig die Stadtentwicklung in Niedersachsen“, erklärte die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Heidemarie Mundlos. Von den Städtebauförderungsmitteln gingen ganz erhebliche ökonomische Anstoßwirkungen auf private Anschlussinvestitionen in den städtebaulichen Erneuerungsgebieten aus. „Dies stärke vor allem die Handelsfunktion in den Innenstädten“, hob Heidemarie Mundlos hervor.

Weiterhin betonte die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende den beschäftigungspolitischen Aspekt der Städtebauförderung. Ein 1996 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) veröffentlichtes Gutachten weise einen extrem hohen Multiplikatoreffekt aus: Zu jedem einzelnen in die Städtebauförderung investierten Euro der Länder (einschl. der Bundesfinanzhilfen) würden ca. 6 Euro aus privaten Mitteln in die Sanierungsgebiete investiert. Deshalb könne mit einem Bauvolumen in ungefähr der achtfachen Höhe des Programmvolumens der Städtebauförderung gerechnet werden. Die einzelnen Programme und geförderten Vorhaben/Kommunen können im Internet unter www.niedersachsen.de/master/C44142839_L20_D0_I674_h1.html eingesehen werden.



Foto: picture-alliance

Förderprogramme des Landes Niedersachsen sorgen für attraktive Innenstädte

Niedersächsisches Handlungsprogramm

Christian Wulff: „Integration, Prävention und Repression sind Voraussetzungen erfolgreicher und bewährter Politik“



Ministerpräsident Christian Wulff hat aus aktuellem Anlass betont, dass in Niedersachsen Menschen aus 195 Nationen leben, die mit ihrem Engagement, ihren Talenten und ihren Traditionen die Gesellschaft berei-

chern und aus dem Alltag nicht mehr wegdenken sind. Die überwiegende Mehrheit dieser Menschen sei gut integriert und habe ihren Platz in der Gesellschaft gefunden. „Daneben gibt es aber auch Zugewanderte und nachgewachsene Generationen, die nicht integriert sind. Um die Abschottung und das Abgleiten von Zugewanderten in Kriminalität zu vermeiden, ist ein politisches Handlungsprogramm notwendig, in dem Maßnahmen der Integration, Prävention und Repression miteinander verzahnt sind“, erklärte der Ministerpräsident. Hierzu habe die Landesregierung ein umfassendes Konzept mit fachlich aufeinander abgestimmten Maßnahmen entwickelt und in die Praxis umgesetzt. Der BL stellt dieses Handlungsprogramm in Auszügen vor:

Integration

Die Integration von Zugewanderten, insbesondere von Kindern und Jugendlichen der zweiten und dritten Generation, ist in unserer Gesellschaft eine politische Schlüsselaufgabe. Wesentliches Element der Integrationspolitik ist der Grundsatz des Förderns und Forderns. Unabdingbare Voraussetzung für das Zusammenleben in unserem Land ist das Bekenntnis zu den Grundwerten, wie der Unantastbarkeit der Menschenwürde, der Einhaltung der Menschenrechte sowie das Bekenntnis zur freiheitlichen, demokratischen Grundordnung.

Notwendige Bedingung für eine gelingende Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache, da nur der Erwerb von Sprachkenntnissen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Deshalb hat Niedersachsen auf Bundesebene durchgesetzt, dass die erfolgreiche Teilnahme an verpflichtenden Einbürgerungskursen, insbesondere der Nachweis hinreichender Kenntnisse der deutschen Sprache Voraussetzung für eine Einbürgerung ist.

Prävention

Neben der Integration ist die Gewaltprävention von herausragender Bedeutung, um Straftaten bereits im Vorfeld zu verhindern. Dies gilt unabhängig von der Staatsangehörigkeit. Aus diesem Grund ist Prävention der beste Opferschutz. In Niedersachsen sind auch in diesem Bereich frühzeitig unter anderem folgende Maßnahmen ergriffen worden:

- Der Landespräventionsrat vernetzt kommunale Präventionsgremien und weitere Institutionen und fördert damit einen flächendeckenden Austausch der gesellschaftlichen Gruppen. Zu den besonderen Schwerpunkten der Arbeit des Landespräventionsrates gehört die Prävention von Jugendkriminalität.
- In 171 Kommunen Niedersachsens sind kommunale Präventionsräte entstanden, die sich mit Fragen der Sicherheit vor Ort und mit lokalen Strategien zur Kriminalitätsvermeidung beschäftigen.
- 2007 hat die Landesregierung flächendeckend das so genannte „vorrangige Jugendverfahren“ eingeführt, um bei Jugendstraftaten eine besonders schnelle Reaktion auf das begangene Unrecht zu ermöglichen.
- In den Polizeiinspektionen sind Präventionsteams eingerichtet worden, die vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung von Jugendgewalt treffen.

Repression

Bei allem Bemühen um die Prävention von Straftaten ist ein schnelles, entschlossenes und effektives Einschreiten zur Ahndung begangenen Unrechts erforderlich. Die Landesregierung verfolgt dabei im Bereich der Jugendkriminalität das Ziel, Straftaten konsequent zu ahnden und den Jugendlichen zugleich Zukunftschancen zu eröffnen.

Ein Gesetzentwurf zur Verbesserung der Bekämpfung der Jugenddelinquenz, den die Landesregierung 2003 gemeinsam mit den Län-

dern Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen in den Bundesrat eingebracht hatte, scheiterte zunächst an den Stimmen der damaligen rot-grünen Regierungskoalition. Zurzeit kommt eine Mehrheit für den Gesetzentwurf im Bundestag wegen der Verweigerungshaltung der SPD-Bundestagsfraktion und Bundesjustizministerin Zypries nicht zustande. Der Gesetzentwurf sieht folgende Neuregelungen vor:

Einführung eines Warnschussarrests, der neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe verhängt werden kann, um dem jugendlichen Täter den Ernst der Lage vor Augen zu führen.

· Die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts soll für Täter ab einem Alter von 18 Jahren bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres zum Regelfall gemacht werden.

· Gegen Heranwachsende, auf die wegen ihrer mangelnden Reife noch Jugendstrafrecht anzuwenden ist, soll für schwere Verbrechen eine Jugendstrafe von bis zu 15 Jahren statt maximal 10 Jahren verhängt werden können.

· Einführung des Fahrverbotes oder die Verhinderung des Erwerbs eines Führerscheins als eigenständige Sanktion im Jugendstrafrecht und die Erweiterung des Anwendungsbereichs auch außerhalb von Verkehrsstraftaten.

Das komplette Niedersächsische Handlungsprogramm finden Sie im Internet unter www.niedersachsen.de/master/C43932165_N15048_L20_DO_I198.html.

Landesjustizminister fordern Bundesjustizministerin Zypries zum Handeln auf



Foto: picture-alliance

Anlässlich der aktuellen Debatte zur Bekämpfung der Jugendkriminalität hatte Niedersachsens Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann (am Mikrofon) als Koordinatorin der CDU-/CSU- und FDP-geführten Landesjustizministerien ihre Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern zu einer Sonderkonferenz in die niedersächsische Landesvertretung nach Berlin eingeladen. Die Justizministerinnen und -minister bekräftigten ihre Forderung nach einer Reform des Jugendstrafrechts und tauschten Erfahrungen zu verschiedenen Integrations- und Präventionsstrategien aus.

Persönlich

An dieser Stelle stellen wir Ihnen die neuen Kandidaten der CDU in Niedersachsen für die Landtagswahl 2008 vor.

Claudia Osterloh

Name:
Claudia Osterloh



Adresse:
Campestraße 6
38302 Wolfenbüttel

Geburtsdatum:
05.12.1965

Beruf:
Verwaltungsangestellte

Wahlkreis:
Nr. 10 Wolfenbüttel-Süd / Salzgitter

Homepage:
www.claudia-osterloh.de

E-Mail:
claudiaosterloh@gmx.de

Arbeitsbereiche:
Stellvertretende Kreisvorsitzende CDU Frauenunion Wolfenbüttel; Mitglied im CDU-Kreisvorstand Wolfenbüttel und Salzgitter; Vorstandsmitglied im Stadtverband Wolfenbüttel; Bürgermitglied im Bauausschuss des Rates Stadt Wolfenbüttel

Grudrun Pieper

Name:
Grudrun Pieper



Adresse:
Nelkenweg 3
29690 Schwarmstedt

Geburtsdatum:
04.07.1956

Beruf:
Leiterin einer heilpädagogischen Kindertagesstätte für körper- und schwer mehrfach behinderte Kinder

Wahlkreis:
Nr. 43 Walsrode

Homepage:
www.gudrunpieper.de

E-Mail:
gudrun.pieper@gmx.de

Arbeitsbereiche:
Mitglied im Gemeinde- und Samtgemeinderat Schwarmstedt; Kreistagsabgeordnete; Stellvertretende Samtgemeindebürgermeisterin; Kreisvorsitzende CDU-Soltau-Fallingb. ; Mitglied im CDU-Bezirksvorstand Nordostniedersachsen

Kai Seefried

Name:
Kai Seefried



Adresse:
Johann-Grodtmann-Straße 17
21706 Drochtersen

Geburtsdatum:
23. 01. 1978

Beruf:
Tischlermeister/ Betriebswirt (HWK)

Wahlkreis:
Nr. 56 Stade

Homepage:
www.kai-seefried.de

E-Mail:
mail@kai-seefried.de

Arbeitsbereiche:
Stellvertretender Bürgermeister der Gemeinde Drochtersen; CDU-Fraktionsvorsitzender Gemeinde Drochtersen; Vorsitzender CDU-Gemeindeverband Drochtersen; Stellvertretender Kreisvorsitzender CDU-Stade

Dr. Stephan Siemer

Name:
Dr. Stephan Siemer



Adresse:
Falkenrotter Str. 44
49377 Vechta

Geburtsdatum:
21.10.1961

Beruf:
Kaufmann

Wahlkreis:
Nr. 68 Vechta

Homepage:
www.dr-stephan-siemer.de

E-Mail:
stephan.siemer@siemer-vechta.de

Arbeitsbereiche:
Mitglied im Kreistag Vechta; Mitglied des Stadtrates Vechta; Stellvertretender Vorsitzender CDU-Stadtverband Vechta

Hans-Joachim Strüder

Name:
Hans-Joachim Strüder



Adresse:
Markt 1
37191 Katlenburg-Lindau

Geburtsdatum:
31.08.1951

Beruf:
Projektleiter / Seniorberater

Wahlkreis:
Nr. 18 Northeim

Homepage:
www.hans-joachim-strueder.de

E-Mail:
hans-joachim.strueder@bmu-beratung.com

Arbeitsbereiche:
Mitglied im Ortsrat Lindau, im Gemeinderat Katlenburg-Lindau und im Kreistag Northeim; Vorsitzender CDU Ortsverband-Lindau; Stellvertretender Vorsitzender CDU Gemeindeverband Katlenburg-Lindau

Dirk Toepffer

Name:
Dirk Toepffer



Adresse:
CDU Hannover-Stadt
Walderseestraße 21
30177 Hannover

Geburtsdatum:
06.06.1965

Beruf:
Rechtsanwalt

Wahlkreis:
Nr. 24 Hannover-Döhren

Homepage:
www.dirk-toepffer.de

E-Mail:
info@dirk-toepffer.de

Arbeitsbereiche:
Kreisvorsitzender Hannover-Stadt

Impressum

CDU Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Verantwortlich:
Joachim Anlauf, Pressesprecher
Sabine Busse, Sekretariat Presse
Telefon (05 11) 30 30 - 41 18
Telefax (05 11) 30 30 - 48 54
Joachim.Anlauf@lt.niedersachsen.de

Termine

Sonntag, 27. Januar 2008
Landtagswahl in Niedersachsen

Dienstag, 29. Januar 2008
Konstituierende Fraktionssitzung